# *Arbeit und soziale Fairness*

Ein Dossier der Katholischen Aktion Österreich
für den Synodalen Prozess.

www.kaoe.at

In Krisenzeiten und ihren Folgeerscheinungen zeigt sich die Verfasstheit einer Gesellschaft, ihre Stabilität, aber auch ihre Bruchlinien und Gefährdungen werden offenbar. Die Covid-Pandemie zeigt bereits deutliche Folgen. Was die gegenwärtige Kriegssituation in der Ukraine, in Europa und darüber hinaus für Gesellschaft und Wirtschaft bedeutet, ist erst in Ansätzen spürbar. Nach dem methodischen Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln werden hier im Rahmen des synodalen Prozesses der KAÖ die zentralen Fragen nach Arbeit und sozialer Fairness beleuchtet.



Katholische Aktion Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien
www.kaoe.at

# 1. Sehen

Die Arbeitswelt unterliegt, wie alle anderen Wirtschaftsbereiche, den Gesetzmäßigkeiten der neoliberalen Marktwirtschaft. ***Arbeit ist in diesem System auf einen Kostenfaktor reduziert.*** Er muss so niedrig wie möglich gehalten werden, damit Betriebe konkurrenzfähig bleiben. Das spüren die Akteur:innen der Arbeitswelt auf allen Ebenen und in allen Branchen. Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung der Arbeitszeit nach betrieblichen Anforderungen erschweren vielen Menschen den Arbeitsalltag. Gemeinsames Leben in Familie und Gesellschaft kommt immer mehr unter Druck. Prekäre, schlecht bezahlte und ungesicherte Arbeitsverhältnisse nehmen zu, explizit in neuen Arbeitsformen wie crowd- und platform-working oder Scheinselbständigkeit.



***Die Krise betrifft alle, doch nicht alle gleich.*** Zu Beginn der Pandemie verloren viele Menschen ihren Arbeitsplatz, die ***Arbeitslosigkeit*** stieg auf eine Höchstmarke. Das traf vor allem Arbeiter:innen, Beschäftigte in den unteren Einkommensschichten und Ältere. Wegen der in Österreich niedrigen Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von 55% sind vor allem Langzeitarbeitslose akut armutsgefährdet, und viele von ihnen tatsächlich von Armut betroffen. Auch wenn derzeit nach Arbeitskräften gesucht wird, sind nach wie vor viele Menschen langzeitarbeitslos und durch gesundheitliche Einschränkungen oder Mobilitätshindernisse ohne Chance auf einen nachhaltigen und guten Arbeitsplatz. Mehr als ein Drittel der Menschen hat ***Einkommensverluste*** erlitten, vor allem in den unteren Einkommensgruppen. Für sie geht es schnell um die Existenz.

Für Vermögende hat die Krise oft den gegenteiligen Effekt, sodass es zu einem Vermögenszuwachs kam, was im Endeffekt die Schere zwischen Arm und Reich auch in Österreich aufgehen lässt.

***Junge Menschen*** wurden durch die Pandemie durch den Verlust ihrer sozialen Kontakte massiv eingeschränkt. Distance learning und isolation trafen vor allem Kinder und Jugendliche aus ärmeren Bevölkerungsschichten. Die vorhandene ***Bildungsungleichheit*** vertiefte sich, und der Start ins Berufsleben wurde für sie noch schwieriger.

Die Covidkrise hat den gesamten ***Dienstleistungbereich*** in den Fokus gerückt. Die Beschäftigten im Bildung- und Kinderbetreuungsbereich, in der Kranken- und Altenpflege, aber auch in Transport, Logistik, Handel und Reinigung wurden als „systemrelevant“ erkannt und definiert. In Österreich halten über eine Million Menschen in diesen Beschäftigungsbereichen unsere Wirtschaft am Laufen und sichern so die tägliche Versorgung aller. Im Unterschied zu den systemrelevanten Banken, die in der Wirtschaftskrise 2008 mit Milliarden an Steuergeldern gerettet wurden, änderte sich jedoch bisher nichts an der notorischen Unterfinanzierung, der geringen Wertschätzung und den schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen.



In diesem Zusammenhang ist auch der besondere Blick auf die ***Care-Arbeit*** wichtig: Sorge-Arbeit wird überwiegend von Frauen, bezahlt und unbezahlt, geleistet. Wenn bezahlt, dann ist sie im Vergleich zu anderen Branchen ***deutlich schlechter bezahlt.*** Hohe Teilzeitquoten, ein niedriger gewerkschaftlicher Organisierungsgrad und die Erpressbarkeit durch die emotionale Bindung an die zu Betreuenden erschweren den Kampf um adäquaten Lohn. Der eklatante Arbeitskräftemangel widerspricht dem sonst beschworenen Marktprinzip und bedeutet für die Beschäftigten eine massive Überbelastung.

Frauen leisten auch den überwiegenden Anteil der ***unbezahlten Sorgearbeit.*** Sie ist die Voraussetzung, damit Wirtschaft überhaupt funktionieren kann. Dennoch wird sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geflissentlich ignoriert. Während der Pandemie wurde

offensichtlich, dass Frauen im privaten Bereich viel mehr Hausarbeit, Kinderbetreuung und Lernbegleitung übernommen haben, oft verbunden mit einer Reduzierung ihrer Arbeitszeit und/oder erhöhtem Stress durch gleichzeitige Homework-Leistungen. Die ***ungerechte Verteilung zwischen Männern und Frauen*** geht auf Kosten der Frauen durch Mehrfachbelastung, geringe Einkommen, Existenzsorgen und (Alters-)Armut. Kinder sind durch familiäre Stresssituationen und Geldnöte besonders belastet und tragen damit eine schwere Hypothek für ihre Zukunft.

Armutsgefährdet sind vor allem auch ***Beschäftigte mit Migrationshintergrund***, und eine besondere Situation haben die ***24-Stunden-Betreuer:innen***. Sie arbeiten vielfach als Scheinselbständige mit sehr niedrigem Lohn und fehlender sozialer Absicherung. Als Teil einer globalen Betreuungskette hinterlassen sie eine große Lücke in ihren eigenen Familien in den Herkunftsländern und im dortigen Sozialgefüge.



Eine deutliche Veränderung in der Arbeitswelt bewirkte die Covidkrise durch ***Heimarbeit***. Früher ein eher negativ besetzter Begriff ist sie als „homeoffice“ zum Hype geworden. Auch hier zeigt sich eine Spaltung, denn für die meisten Arbeiter:innen ist homeoffice nicht möglich. Für viele Angestellte stehen positive Effekte wie der Wegfall des Arbeitsweges problematischen Seiten gegenüber, wie das Verwischen der Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit, der Verlust von sozialen Kontakten und Unklarheiten über den arbeitsrechtlichen Rahmen.

# 2. Urteilen

***Arbeit ist der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Frage*** (Laborem exercens 3). Veränderungen in der Arbeitswelt bewirken immer gesellschaftliche Veränderungen. Zu den polarisierenden Bewertungen der Covidmaßnahmen kommen spaltende soziale Folgen der Epidemie. Ein ***gespaltener Arbeitsmarkt*** hat eine ***hohe politische Polarisierung*** zur Folge. Einerseits erleben wir neue Arbeit in Form einer Rückkehr der „Dienstbotengesellschaft", es wird dafür geworben von zuhause aus bequem zu bestellen. Die Lieferung ins Haus soll jedoch nicht mehr kosten als der Kauf im Laden oder in der Pizzeria. Den Preis bezahlen die neuen prekär Beschäftigten. So gibt es mehr wirtschaftlich und sozial ‚Abgehängte' aufgrund weniger Sozialleistungen. In Österreich stellt sich Sozialhilfe in neun Bundesländern unterschiedlich dar, es fehlt eine für alle gleich zugängliche bundesweite Mindestsicherung. Die ungleiche Verteilung der Güter lässt die Kluft noch größer werden: Unsicherheit, Zukunftsängste, Brüchigkeit von Beziehungen, Vereinsamung erwirken einen sozialen Ausschluss.



Die Folge: ***Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie.*** Für drei Viertel der Menschen aus dem ökonomisch am meisten benachteiligten Drittel stellt sich jegliche Einflussnahme auf die österreichische Politik als gar nicht existent dar. Dementsprechend ist auch ihr Vertrauen in das politische System sehr gering ausgeprägt. Das sinkende Vertrauen in die Politik geht Hand in Hand mit einem Verlust an Gesellschafts- und Gemeinschaftsglauben. Begriffe wie Gemeinwohl haben keine Konjunktur. Um dieser Entwicklung zu begegnen braucht es ***Mitsprache und Mitgestaltung*** und die dafür wichtigen Rahmenbedingungen, wie barrierefreier Zugang zu Bildung und beruflichen Qualifikationen, Erwerbstätigkeit, gutes und leistbares Wohnen, Teilhabe an Kultur- und Freizeitaktivitäten. Das sind Ressourcen, die immer mehr Menschen in Österreich nicht haben.

***Was steht auf dem Spiel?*** Es ist bekannt, dass ehrenamtliches Engagement ähnlichen Kriterien unterworfen ist wie Erwerbsarbeit. Wenn die Zahl der Abgehängten größer wird und gleichzeitig die Erwerbsarbeit die Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, immer mehr fordert, stellt sich die Frage, wer in Zukunft Gemeinwesenarbeit machen wird. Das betrifft politisches Engagement auf Gemeindeebene genauso wie Mitarbeit in Vereinen und Initiativen. Der Blick in städtische Randbezirke, wie etwa in Frankreich und Belgien, zeigt, wie groß das Aggressionspotential sein kann. ***Der soziale Friede ist akut gefährdet.***

Die Enzyklika Fratelli tutti stellt fest: „*Manchmal reagieren die Ärmsten und Ausgestoßenen mit antisozial erscheinenden Haltungen. Wir müssen begreifen, dass diese Reaktionen häufig mit einer Geschichte von Verachtung und fehlender sozialer Eingliederung zusammenhängen.*" (234)

Die Bibel erzählt viele Geschichten, in denen es um die ***grundlegende Gleichheit aller Menschen*** als Ebenbilder Gottes geht, ebenso um ***Gerechtigkeit*** im Sinne einer Ökonomie, in der es genug gibt für alle. Die zentrale Botschaft ist die Verheißung des Reiches Gottes, und das meint ein gutes Leben für alle (Joh. 10,10 „Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben."). Dabei haben die sozialen Rechte der Armen Vorrang!



Im zentralen Gebet der Christ:innen, im ***Vater Unser,*** bitten wir um das Kommen seines Reiches (ἡ βασιλεία), das wir mit Gerechtigkeit verbinden: Gottes Wille (τὸ θέλημά σου) soll geschehen. Dabei geht es um die tägliche Existenz der Menschen, um das tägliche Brot - heute! Das ist auch die Herausforderung unserer Zeit. Reichtum auf der einen Seite heißt Schulden auf der anderen. Im Vater Unser ist eindeutig von ***Schulden*** (ὀφειλήματα) und ***Schuldnern*** (ὀφειλέταις) die Rede und davon, diese Geld-Schuld zu erlassen. Nur so erhalten alle das ***tägliche Brot.*** Die Bitte,

nicht  in Versuchung geführt zu werden, erhält so eine besondere Brisanz: Schulden eintreiben kann zu dem werden, was letztendlich über das Leben der Schuldner verfügt und deren Tod in Kauf nimmt. Die ***Versuchung*** (πειρασμόν) besteht darin, anderes an die Stelle Gottes zu setzen. Vor diesem alles entscheidenden fatalen Fehlschluss soll Gott uns bewahren. Das tägliche Brot, die Schulden und die Schuldner, sowie diese Versuchung gehören zusammen. Das ist ein höchst brisanter Zusammenhang, der nicht auseinandergeteilt werden darf.

# *3. Handeln*

In Fratelli tutti mahnt Franziskus ein: *„Wenn es um einen Neuanfang geht, müssen wir immer bei den Geringsten unserer Brüder und Schwestern beginnen."* (235). Daher ist eine ***solide Existenzgrundlage*** ein Grundrecht. Das bedeutet ***faire Löhne***, ein ***höheres Arbeitslosengeld*** oder auch ein ***Grundeinkommen für alle***. Die österreichischen Bischöfe machen sich im Pfingsthirtenbrief 2020 Sorgen um das Sozialfundament unseres Landes und fordern ***neue Formen der sozialen Sicherung***. Und weiter: *„Ob ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen ein sinnvoller Weg ist, muss diskutiert werden."* Gleiches fordert Papst Franziskus in seiner Ansprache an die Volksbewegungen schon zuvor am Ostersonntag 2020. Er meint, es kann nicht sein, dass jene, die am Rand der Gesellschaft leben, die die Lösungen der Marktwirtschaft nicht erreicht, die auch nicht ausreichend Hilfe und Schutz durch den Staat erhalten, warten sollen, *„ob vom Tisch derer, die die wirtschaftliche Macht haben, vielleicht das eine oder andere Almosen zu ihnen hinabfällt."* So kommt der Papst zu dem Schluss: *„Vielleicht ist jetzt die richtige Zeit über ein universales Grundeinkommen nachzudenken, das die wichtigen und unersetzlichen Aufgaben anerkennt und würdigt, die sie erfüllen; ein Einkommen, das den ebenso menschlichen wie christlichen Leitsatz dauerhaft Wirklichkeit werden lassen kann."* - Das ist die Vision.

In der aktuellen Situation geht es um die ***Schaffung von gemeinwohlbezogenen Arbeitsplätzen***, denn es gibt gemäß der Menschenrechte ein Recht auf Arbeit und damit auf eine Absicherung für alle Lebensphasen mit und ohne Erwerbsarbeit. Ein besonderes Augenmerkt ruht auf der Notwendigkeit von kräftigen ***Investitionen in den Sozialbereichen***, vor allem in Care-Arbeit. Anständige und gut bezahlte Arbeitsplätze mit gleichzeitigen Begleitmaßnahmen zur tatsächlichen ***Umverteilung der unbezahlten Arbeit*** bringen einen hohen Beschäftigungs- und gesamtwirtschaftlichen Effekt. Aber gerade in diesem Bereich zeigt sich, dass derzeitige Vollzeitarbeit körperlich und psychisch hohe Anforderungen stellt. Daher ist eine ***generelle Arbeitszeitverkürzung*** nötig, die im Sinne des Teilens auf allen Ebenen umgesetzt werden müsste. Denn mehr und mehr verwehren sich Menschen bestimmten Arbeitsbedingungen, weil ihnen Gesundheit, Familien und Gemeinschaftsleben ein höherer Wert sind als Erwerbsarbeit, die krank macht oder keine freie Zeit lässt. Dazu kommt die Verantwortung für schlechte Arbeitsbedingungen in anderen Teilen der Welt. Ein ***Lieferkettengesetz*** würde hier wirksam Veränderungen einleiten. Es braucht die weltweite Verantwortung und lokales Handeln in einer solidarischen Wirtschaft, die Wachstum beschränkt und sich in einer lebendigen Genügsamkeit bewährt.

Das Problem hat jedoch, wie bei der Klimafrage, nichts mit fehlender Information zu tun, sondern mit Interessen, die dagegen stehen. Deshalb sehen wir es als ***Aufgabe der Kirche sich mit all ihren Bewegungen und Pfarren einzumischen***. Dies geschieht in vielen durch Christ:innen getragenen Initiativen und Projekten. Als Katholische Aktion wollen wir bezüglich der ***gesellschaftlichen Gestaltung und Weiterentwicklung in Richtung einer humanen und gerechten Wirtschaftsordnung*** eine aktive Rolle einnehmen. Dies gilt auch für Verpflichtung, in Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen den ökologischen Raubbau schleunigst zu beenden. Jedoch auch Kirchenleitung und Amtsträger:innen sind hier in der Pflicht. Das beginnt mit einer Vorbildhaltung im eigenen Betrieb. In nur drei österreichischen Diözesen gibt es einen Kollektivvertrag, Mitbestimmung wird mit Hinweis auf Hierarchie oder Tendenzparagraf oftmals eingeschränkt. Die Beteiligung aller und eine den Lebensbedingungen gerecht werdende Arbeitszeitverkürzung (z.B. 4 Tagewoche) sind ein Gebot der Stunde. Unumgänglich ist das

Einbeziehen von haupt- und ehrenamtlich Engagierten und vielfältige Kooperation mit anderen aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen.
Als Kirche in der Welt aktiv zu sein reicht hinein in den Alltag aller Christinnen und Christen. Denn *„die Kirche ist dazu berufen, sich an allen Enden der Welt zu inkarnieren und ist seit Jahrhunderten an jedem Ort der Welt gegenwärtig – das heißt katholisch“*. (Fratelli tutti 278)

Arbeit ist aktiver Ausdruck menschlicher Schaffenskraft, sie sorgt für das tägliche Brot aller und dient dem Gemeinwohl. Deshalb können wir es nicht hinnehmen, dass die neoliberale Wirtschaft Arbeit auf einen Kostenfaktor reduziert, und die Ärmsten – bei uns oder anderswo auf der Welt – systematisch ausbeutet und benachteiligt. Die aktuellen Krisen zeigen uns: die unteren Einkommensgruppen sind am stärksten betroffen, die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auf. Wir treten ein für ein Grundrecht auf eine solide Existenzgrundlage in allen Lebensphasen, sei es auf Grundlage von fairen Löhnen, höherem Arbeitslosengeld oder auch einem allgemeinen Grundeinkommen.

*Die Katholische Aktion Österreich (#kaoe) ist die offizielle und größte Laienorganisation der Katholischen Kirche in Österreich und umfasst die Katholische Jungschar, Katholische Jugend, Katholische Hochschuljugend, Katholische Frauenbewegung, Katholische Männerbewegung, Katholische Arbeitnehmer:innenbewegung, Katholischer Akademiker:innenverband - und das in allen Diözesen. Dazu das Forum Beziehung, Ehe, Familie und das Forum Kunst, Wissenschaft, Medien.*

KAB
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN BEWEGUNG ÖSTERREICH

Katholische Aktion Österreich
KA